

Für ein „Bretton Woods Plus“

von: Ulla Lötzer, MdB, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik und Globalisierung der Fraktion die LINKE.

Positionspapier zum G20-Prozess: Für eine demokratische Neuordnung der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft

Die gegenwärtige Krise ist nicht nur eine Krise der Finanzmärkte. Sie ist eine Krise der gesamten Weltwirtschaft. Der finanzmarktgetriebene Kapitalismus hat nicht nur ein kollabierendes Finanzwesen zu verantworten, sondern auch eine weltweite soziale Krise mit steigenden Nahrungsmittelpreisen, Hungersnöten, wachsender Armut, Einkommensungleichheit, Arbeitslosigkeit sowie eine Energie- und Klimakrise. Die aktuelle Krise ist zudem auch eine Krise der Demokratie, denn die Politik hat mit vielen Entscheidungen die Grundlagen für das Entstehen des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus gelegt.

Auswertung der Gipfel-Beschlüsse

Anstatt unter dem Dach der UNO eine Konferenz mit allen 192 Staaten einzuberufen, trafen sich die Regierungsvertreter der 20 größten Volkswirtschaften. Die Zeiten exklusiver G7/8-Treffen sind damit zwar vorbei; es wurde deutlich, dass sich die G8-Staaten den neuen Machtverhältnissen, d.h. dem Aufstieg der Schwellenländer in der Weltwirtschaft nicht mehr verschließen können. Entwicklungsländer bleiben aber weiter vor der Tür.

Inhaltlich hat dieses Stühlerücken wenig gebracht: Die auf dem Weltfinanzgipfel vom 15. November 2008 beschlossenen Maßnahmen sind angesichts der Herausforderung unzureichend. Wie schon nach der Asienkrise vor zehn Jahren wurde viel über Reformen und „mehr Transparenz“ gesprochen. Wirkliche Verbesserungen bei der Regulierung der Finanzmärkte gab es schon damals nicht, stattdessen wurde ihre Liberalisierung gerade durch die neugeschaffenen Gremien wie das FSF (Financial Stability Forum) weiter vorangetrieben. Erst Recht gab es keinerlei Maßnahmen der Weltwirtschaftskrise entgegenzuwirken oder Ansätze die Weltwirtschaftsordnung nachhaltig zu regulieren.

Kritik der Gipfelbeschlüsse

- Statt die Krisenhaftigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung einzugestehen, bekennen sich die G20-Staaten zu freien Märkten und der Freiheit des Kapitalverkehrs. Noch vor jeder ernsthaften Diskussion um die Regulierung der Märkte warnen sie schon vor der Gefahr der Überregulierung.
- Statt auf internationaler Ebene dafür zu sorgen, dass Risikoprodukte und spekulative Geschäftsmodelle wie Hedgefonds verboten oder ausgetrocknet werden, fordern die G20 unter dem Schlagwort eines ‚besseren Risikomanagements‘ lediglich neue Bilanzierungs- und Ratingstandards, eine adäquate Eigenkapitalunterlegung von Banken bei strukturierten Krediten und Verbriefungen sowie eine Risikobegrenzung bei Derivaten und CDS-Geschäften. Über Appelle an eine bessere multilaterale Kooperation der nationalen Aufsichtsbehörden gehen sie nicht hinaus.
- Die Beschlüsse ignorieren zentrale Probleme wie die Spekulation auf Währungen, Nahrungsmittel und Rohstoffe. Fortschritte in Richtung einer demokratischen Kontrolle und Regulierung der Finanzmärkte fehlen völlig.
- Zwar findet sich die Absichtserklärung die Fiskalpolitik auf die Stärkung der Binnennachfrage auszurichten und Hilfsprogramme für die Entwicklungsländer aufzulegen, konkrete Schritte gegen die Wirtschaftskrise oder Verpflichtungen wurden nicht vereinbart. Stattdessen setzt man auf einen schnellen Abschluss der WTO-Verhandlungen in diesem Jahr.
- Die Beschlüsse gehen an den tiefer liegenden Ursachen der einsetzenden Weltwirtschaftskrise vorbei: der Liberalisierung und Deregulierung der Finanz- und Güter- und Dienstleistungsmärkte, der Exportorientierung, der Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge und der damit verbundenen Polarisierung zwischen den Ländern und in den Ländern sowie der wachsenden Arbeitslosigkeit.
- Statt die Mitverantwortung der G8 und von Organisationen wie dem IWF, der Weltbank oder der WTO an der Finanzkrise und der falschen Weltwirtschaftspolitik zu benennen und kurzfristig Schritte zu deren Demokratisierung, einer Beschneidung ihrer Tätigkeiten und einer Neuausrichtung ihrer Kreditvergabepolitik zu vereinbaren, wird dem IWF (zusammen mit einem zu erweiternden FSF) unter dem Stichwort der ‚Effizienzsteigerung‘ eine Schlüsselrolle bei der Aufsicht und Konzeptentwicklung zugeschrieben, seine finanziellen Kapazitäten werden aufgestockt und die Schwellen- und Entwicklungsländer sollen lediglich besser ‚repräsentiert‘ werden. Die neoliberalen Strukturanpassungsprogramme werden weitergeführt.
- Die G20 grenzen Entwicklungsländer weiter aus und setzen einseitig auf die Brandstifter-Institutionen wie IWF, Weltbank und WTO statt UN-Organisationen, wie z.B. UNEP, die UN-Taskforce und ILO zu stärken. Parlamente und Zivilgesellschaft bleiben vor der Tür.

Linke Positionen

1. Entscheidungsprozesse demokratisieren! IWF ist keine Lösung

Der gewählte Rahmen für den Finanzgipfel zeigt, dass sich an den Strukturen und Machtverhältnissen im globalen Wirtschaftssystem offenbar wenig ändern soll: Die Forderung der UN, den Gipfel unter ihrem Dach durchzuführen, wurde abgelehnt. Stattdessen fand das Treffen auf Einladung der USA in Washington statt. Eingeladen waren neben IWF und UNO die in der G20 organisierten größten Industrie- und Schwellenländer. Das ist zwar ein größerer Kreis als derjenige der G7; Entwicklungsländer bleiben allerdings weiter außen vor. Nach wie vor orientiert sich die Teilhabe an Entscheidungsprozessen an der ökonomischen Stärke. Eine demokratische Legitimation hat dieses Gremium nicht.

Akteure aus den USA, aber auch Finanzjongleure aus Europa und anderen Industrieländern waren Auslöser für den Kollaps der Finanzmärkte. Die Politik der Liberalisierung der Finanzmärkte seitens der G8 hat die Voraussetzung für die aktuelle Entwicklung geschaffen. IWF und Weltbank haben sie gegenüber den Entwicklungsländern, aber in den letzten Wochen auch gegenüber Ungarn, Ukraine oder Island mit Strukturanpassungsprogrammen, die auf eine Zurückführung öffentlicher Ausgaben und Zinssteigerungen hinauslaufen, durchgesetzt und haben damit krisenverschärfend gewirkt. Als Beispiel: Ungarn wird im Gegenzug zum IWF-Kredit unter anderem das 13. Monatsgehalt im öffentlichen Dienst abschaffen und die Rente kürzen.

Deshalb fordert DIE LINKE eine Demokratisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Eine neue Machtverteilung im IWF oder in der Weltbank zugunsten der Schwellenländer und zuungunsten der USA bzw. Westeuropas wäre zu begrüßen, reicht aber bei weitem nicht aus. Im Mittelpunkt einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung stehen für uns institutionell die Vereinten Nationen, die als einzige Organisation demokratisch breit legitimiert ist, auf Menschenrechte verpflichtet ist und Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer angemessen und unabhängig von ihrer ökonomischen Stärke repräsentiert. Parlamente und Nichtregierungsorganisationen müssen in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Wir begrüßen, die auf der Entwicklungsfinanzierungskonferenz in Doha gefundene Einigung, eine UN-Konferenz zur Wirtschafts- und Finanzkrise einzuberufen und die Modalitäten dieser Konferenz noch vor dem nächsten Gipfeltreffen der G20 am 2. April zu klären. Aus unserer Sicht ist dies ein Schritt, dass sich die UN das Mandat zur Regulierung der globalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur zurückholt. Die UN ist gegenüber selbsternannten Weltregierungen wie der G8 und der G20 in die Offensive gegangen.

Erste Schritte

- Die gleichberechtigte Teilhabe von Entwicklungsländern auf allen Folgekonferenzen der G20-Regierungschefs muss gesichert werden.
- Die Organisation der G20-Folgekonferenzen muss deshalb – der UN übergeben werden. Die von Joseph Stiglitz geleitete hochrangige UN-Task Force sollte den Status eines offiziellen Beratergremiums bekommen.
- Eine globale Institution unter dem Dach der UN, die die Rolle eines „Finanz-TÜV“ für Zulassung oder Verbot von Finanzinnovationen auf globaler Ebene übernimmt und eine internationalen Bankenaufsicht, die systemischen Risiken der Finanzmärkte überwacht und Gegenmaßnahmen vorschlagen kann, müssen geschaffen werden.

Weitere Reformen für demokratische, internationale Entscheidungsprozesse:

- Nicht nur die Debatte, sondern auch Entscheidungen über Fragen der Weltwirtschaft gehören unter das Dach der UN. Die dort angesiedelten Bereiche der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik müssen aufgewertet werden.
- Der Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (ECOSOC) ist gemäß UN-Satzung das zentrale Organ für alle globalen Wirtschafts- und Entwicklungsfragen. Diese Institution wie

auch die Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen der UN, die UNCTAD und die ILO gilt es zu stärken.

- IWF, Weltbank und WTO als ‚unheilige Dreifaltigkeit‘ von Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung sollten in die zweite Reihe treten und den UN-Strukturen klar untergeordnet werden. Die Fähigkeit des IWF, Zahlungsbilanzlücken der durch exogene Schocks in Not geratenen Mitgliedsländer zu überbrücken, ist zu stärken, darf aber nicht an krisenverschärfende Auflagen geknüpft werden wie während der Asienkrise oder jüngst in Ungarn. Deshalb müssen insbesondere der IWF, aber auch die Weltbank und die WTO in ihren Zielstellungen, Aufgabenbereichen und Sanktionsmöglichkeiten massiv beschnitten und umfassend demokratisiert werden.
- Der IWF könnte dann Bestandteil einer demokratisch kontrollierten, globalen makroökonomischen Abstimmung sein, der internationale Kapitalströme kontrolliert. Die Weltbank könnte als begrenzte Entwicklungs- und Umweltbank, UN-Mandate mit klar definierten Vorgaben erhalten.

2. Finanzmärkte unter demokratische Kontrolle!

Die globalen Finanzmärkte haben sich zu einem gefährlichen Hort der Instabilität entwickelt. Darüber hinaus verschaffen sie dem Kapital eine „Exit-Option“, also Anlegern die Möglichkeit, ihr Kapital abzuziehen. Damit sorgen sie weltweit für eine Konkurrenz um Anlagen und Investitionen und gefährden die Demokratie. Seit Jahrzehnten werden so ein eine restriktive Finanz- und Geldpolitik, Sozialabbau, Steuersenkung für Vermögende und Konzerne sowie eine Absenkung aller Standards erzwungen. In Unternehmen hat sich die Orientierung am Shareholder Value durchgesetzt. Die G8 und auch die Bundesregierung haben diesen Standortwettbewerb an vorderster Front betrieben. Dies hat weltweit die Umverteilung von unten nach oben forciert und das Rendite suchendem Kapital dramatisch vergrößert.

Wir halten dagegen: Ein funktionierendes Finanzsystem ist ein öffentliches Gut. Eine Reform der Finanzmärkte muss Demokratie gegenüber den Finanzmarktakteuren wieder herstellen, sie auf ihre Funktion für die Finanzbeziehungen von Bürgern und die Finanzierung der „realen“ Wirtschaft zurückführen und Stabilität sichern. Deshalb muss der Finanzsektor unter starker öffentlicher Kontrolle stehen und vergesellschaftet werden. Das schließt Entscheidungen über Verstaatlichungen und staatliche Beteiligungen ein, jetzt geht es aber vor allem um Regulierungen des öffentlichen und privaten Finanzsektors.

Sofortmaßnahmen zur Beseitigung spekulativer Exzesse auf den Finanzmärkten

- Die Schaffung einer funktionsfähigen, weltweiten Finanzmarktaufsicht, das Verbot von Geschäften mit hohem Kredithebel und Maßnahmen zur Einschränkung der Spekulationen mit Währungen, Nahrungsmitteln und Rohstoffen sowie Verbote von Hedge-Fonds.
- Die Einführung einer Transaktionssteuer auf den Handel mit Wertpapieren, Devisen und Derivaten zur Entschleunigung der Finanzmärkte sowie die Einführung von Kapitalverkehrskontrollen. Eine generelle Finanztransaktionssteuer würde die kurzfristig-spekulativen Transaktionen mit Finanzderivaten verteuern und so einen Beitrag zur Stabilisierung von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Aktienkursen leisten.
- Eine internationale Einigung, unabhängige Ratingagenturen in öffentlicher Hand zu etablieren und Kriterien für Ratings nach sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Kriterien zu entwickeln

Reformen zur nachhaltigen Regulierung der Finanzmärkte

- Schließung der Offshore-Zentren beziehungsweise Steueroasen, weil sie Regelungen gezielt umgehen und allein der Steuerhinterziehung und der Steuerflucht dienen. In einer

internationalen Vereinbarung sollen sich Regierungen verpflichten Geschäfte mit dort ansässigen Instituten zu untersagen.

- Eine demokratische Kontrolle der Zentralbanken.
- Eine Stabilisierung der Wechselkurse durch die Schaffung von Zielzonen zwischen den großen Weltwährungen zu vereinbaren und Maßnahmen zur Unterstützung regionaler Währungsabkommen.
- Den internationalen Steuerwettbewerb zu beenden, was sowohl eine angemessene Besteuerung von Gewinnen transnationaler Konzerne und von Finanzmarktakteuren beinhaltet und Gewinnverschiebungen zwischen Ländern unterbindet.
- Eine Vereinbarung zur Beschränkung statt Förderung kapitalgedeckter Altersversicherungssysteme

3. Für eine grundsätzliche Wende in der Wirtschaftspolitik!

Die bloße Orientierung auf eine Neuordnung des Finanzsystems reicht nicht aus. Zum einen weitete sich die Krise längst zur Weltwirtschaftskrise aus. Zum anderen ist die Finanzkrise eng verbunden mit einer grundsätzlich falschen Weltwirtschaftspolitik, die Wachstumsschwächen verschärft und zu globalen Ungleichgewichten, wie auch wachsender sozialer Ungerechtigkeit und Armut geführt hat. Die enormen Unterschiede in den Leistungsbilanzen – mit hohen Exportüberschüssen in manchen Staaten und einer gigantischen Auslandsverschuldung in den USA haben zur Destabilisierung der Weltwirtschaft beigetragen.

Die bevorstehende Weltwirtschaftskrise erfordert einen zügigen, abgestimmten und kräftigen makroökonomischen Impuls, um der Wachstumsschwäche und einem weiteren Anstieg von Armut und Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Die Weltwirtschaft bedarf darüber hinaus einer umfassenden Regulation um den Ungleichgewichten zwischen den Ländern entgegen zu wirken und sie im sozialen, ökologischen und demokratischen Interesse zu regulieren.

Exportorientierung, Liberalisierung und Deregulierung haben auch im produktiven Sektor einen massiven Standortwettbewerb ausgelöst, die Abschaffung aller Auflagen für Investitionen und von Zöllen hat den transnational agierenden Konzernen den weltweiten Zugang zu billigen Arbeitskräften, neuen Märkten und billigen Produkten gesichert. Die öffentliche Daseinsvorsorge wurde zu ihren Gunsten privatisiert.

Die LINKE. tritt deshalb dafür ein:

Erste Schritte zur Stabilisierung der Weltwirtschaft

- Die geplante Konferenz der UN zur Wirtschafts- und Finanzkrise soll federführend das Mandat erhalten Maßnahmen gegen die Weltwirtschaftskrise zu koordinieren und Schritte zur Regulierung der Weltwirtschaft im sozialen- und ökologischen Interesse einzuleiten. Die WTO Verhandlungen sind zu Gunsten dieser Verhandlungen unverzüglich für gescheitert zu erklären.
- Zur sofortigen Stützung der Konjunktur sollen regionale und nationale Konjunkturprogrammen aber auch Subventionsmaßnahmen für einzelne Branchen koordiniert werden, um einen Subventionswettbewerb zu Lasten der SteuerzahlerInnen zu verhindern.
- Auflage eines internationalen Konjunkturprogramms, das z. B. von Maßnahmen zum Klimaschutz und für den Erhalt und Ausbau von öffentlicher Infrastruktur mit einem Schwerpunkt in Entwicklungsländern umfasst.

Reformschritte zur Regulierung der Güter- und Dienstleistungsmärkte

- Eine Abkehr von der Orientierung an Exportüberschüssen als Leitbild der Wirtschaftspolitik und stattdessen Förderung von Regionalisierung und Binnenmarktorientierung verbunden mit regionalen Abkommen zur Verankerung von sozialen und ökologischen Standards.
- Lösung des Problems der globalen Leistungsbilanz-Ungleichgewichte durch die Schaffung eines Ausgleichsmechanismus nach dem Vorbild der von Keynes in Bretton Woods ursprünglich vorgeschlagenen „International Clearing Union“ (Keynes).
- Maßnahmen zur Herstellung nachhaltiger Produktion, Ernährungssicherheit und Nahrungssouveränität. Der Vorrang von Umweltabkommen, Menschenrechtsabkommen und ILO Abkommen muss sichergestellt werden.
- Eine Regulierung Transnationaler Konzerne einschließlich deren Verpflichtung auf soziale und ökologische Standards und eine Ausweitung von Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechten.
- Ein Investitionsabkommen zur nachhaltigen Regulation von Investitionen. Eine solche Vereinbarung muss auch den Stopp der Privatisierung von Daseinsvorsorge beinhalten.

4. Sofortmaßnahmen für Entwicklungsländer!

Schon jetzt ist offensichtlich, dass Menschen in Entwicklungsländern besonders von der Krise betroffen werden. In den letzten zehn Jahren sind die Entwicklungsländer zunehmend abhängig geworden von privaten, spekulativen, hochgradig schwankenden oder verschuldungsintensiven ausländischen Kapitalflüssen. Entsprechende Kapitalabflüsse als Reaktion auf die Finanzkrise, aber auch hohe Nahrungsmittelpreise, rückläufige Rohstoffeinnahmen und die Reduzierung der Gelder für Hilfsprogramme werden dort Hungerkatastrophen verschärfen, wenn nicht schnell eingegriffen wird.

Nach wie vor wird auf Nahrungsmittel und Rohstoffe spekuliert. Öffentliche Infrastrukturprojekte werden gestrichen, weil Kredite dafür nicht mehr bereitgestellt werden. So hat z.B. die Weltgesundheitsorganisation ihre Malaria-Impfkampagne unterbrochen, das Welternährungsprogramm musste reduziert werden, weil freiwillige Leistungen der Staaten gekürzt wurden

Deshalb fordert die LINKE als Sofortmaßnahmen:

- Zur Abfederung der Folgen der Finanzkrise für die ärmsten Staaten ist ein internationaler Notfonds aufzulegen. Die Notkredite für Staaten, die in Solvenzprobleme geraten dürfen nicht mehr an prozyklisch wirkende, schädliche Auflagen für die Wirtschaftspolitik geknüpft werden. Er ist aus einer Kapitalabgabe zu finanzieren.
- Die Verpflichtungen zur Steigerung der Entwicklungsausgaben im Sinne der UN-Millenniumsziele (0,7 % des BIP bis 2015) müssen in jedem Fall eingehalten werden, die Beiträge für UN Programme dürfen nicht gestrichen werden.

Langfristig reichen Notprogramme und Entwicklungshilfe nicht aus. Die Entwicklungsländer müssen unterstützt werden ihre heimischen Ressourcen zu mobilisieren, indem Steuerflucht verhindert wird und ein ausreichender Ertrag aus den natürlichen Ressourcen in öffentliche Haushalte und Zukunftsinvestitionen fließt.